Nr. 48 / März 2007

KLIMA KOMPAKT

EU beschließt weitreichende Klimaziele

30%, wenn auch andere ernst machen

Umwelt- und Entwicklungs-NRO sowie Versicherungskonzerne appellieren

Verbindliche EU-Klimaziele notwendig

Europäische Klima-NRO schreiben an die Umweltminister der G8

In 10 bis 15 Jahren müssen weltweit die Emissionen sinken

GERMANWATCH

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Es ist zu hoffen, dass die weitreichenden Ergebnisse des EU-Frühjahrsgipfels nun auf verschiedenen Ebenen Eigendynamik entfalten. Gerade die „feste und unabhängige Verpflichtung“, die eigenen Treibhausgase um mindestens 20 Prozent zu verringern, kann auf internationaler Ebene das Signal aussenden: Die Zeit des mühsamen Ringens um Lastenverteilung ist vorbei. Jetzt geht zumindest eine große Region in die Offensive und möchte bei den Chancen des Technologierrennens ins Solarzeitalter die Nase vorne haben. Für manche vielleicht ein stärkerer Anreiz zum Nachziehen als moralische Argumente.

Die Messlatte für das nächste „Spiel“, den G8-Gipfel, hat EU- und G8-Präsidentin Merkel selber formuliert: das strategische Ziel, den globalen Temperaturanstieg unter der Großgefahrenschwelle von 2 Grad zu halten.

Dabei muss Merkel aufpassen, dass ihr nicht das nationale Spiel international die Glaubwürdigkeit verhagelt. Beim Emissionshandel gilt es eine Umverteilung in Richtung Braunkohle zu unterbinden und den Einstieg in die Versteigerung zu schaffen.

Christoph Bals

EU beschließt weitreichende Klimaziele

30%, wenn auch andere ernst machen

Der EU-Frühjahrsgipfel am 8./9. März hat bedeutsame Beschlüsse zur Klima- und Energiepolitik gefasst.

Germanwatch dokumentiert einige zentrale Auszüge.

"Eine integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik

27. (...) Der Europäische Rat betont, dass das strategische Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, unbedingt erreicht werden muss.

28. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, bedarf es eines integrierten Konzepts für die Klimaschutz- und Energiepolitik (...)

Klimaschutz

29. Der Europäische Rat hebt die Vorreiterrolle der EU beim internationalen Klimaschutz hervor. (...) Hierzu müssen auf der internationalen Klimakonferenz der Vereinten Nationen, die Ende 2007 beginnt und 2009 abgeschlossen sein soll, Verhandlungen über eine globale und umfassende Vereinbarung für die Zeit nach 2012 eingeleitet werden, die auf der Architektur des Kyoto-Protokolls aufbauen. (...) sowie geeignete Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels getroffen werden, dass gegen die Entwaldung vorgegangen wird und dass die Problematik der durch den internationalen Luft- und Seeverkehr verursachten Emissionen angegangen wird. (...)

30. Der Europäische Rat bekräftigt, dass absolute Emissionsreduktionsverpflichtungen das Rückgrat eines globalen Kohlenstoffmarkts bilden sollten. Die entwickelten Länder sollten hierbei weiterhin die Vorreiterrolle übernehmen, indem sie sich verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 gemeinsam in einer Größenordnung von 30 % gegenüber 1990 zu verringern. Ihr Blick sollte dabei auch auf das Ziel gerichtet sein, ihre Emissionen bis 2050 gemeinsam um 60 bis 80 % gegenüber 1990 zu verringern.

31. In diesem Zusammenhang billigt der Europäische Rat das Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30 % zu reduzieren und auf diese Weise zu einer globalen und umfassenden Vereinbarung für die Zeit nach 2012 beizutragen, sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten. (...)

32. Der Europäische Rat betont, dass die EU entschlossen ist, Europa zu einer Volkswirtschaft mit hoher Energieeffizienz und geringen Treibhausgasemissionen umzugestalten, und beschließt, dass die EU bis zum Abschluss einer globalen und umfassenden Vereinbarung für die Zeit nach 2012 und unbeschadet ihrer internationalen Verhandlungsposition die feste und unabhängige Verpflichtung eingeht, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren. (...)

[Der Rat] betont, dass die Energieeffizienz in der EU erhöht werden muss, damit im Einklang mit dem von der Kommission in ihrem Grünbuch zur Energieeffizienz geschätzten Einsparpotenzial das Ziel, 20 % des EU-Energieverbrauchs gemessen an den Prognosen für 2020 einzusparen, erreicht wird, (...)

[Der Rat billigt] unter Berücksichtigung unterschiedlicher individueller Gegebenheiten, Ausgangspunkte und Möglichkeiten die folgenden Ziele:

– ein verbindliches Ziel in Höhe von 20 % für den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2020;

– ein in kosteneffizienter Weise einzuführendes verbindliches Mindestziel in Höhe von 10 % für den Anteil von Biokraftstoffen am gesamten verkehrsbedingten Benzin- und Dieselverbrauch in der EU bis 2020, das von allen Mitgliedstaaten erreicht werden muss. Der verbindliche Charakter dieses Ziels ist angemessen, vorausgesetzt, die Erzeugung ist nachhaltig“

Quelle: www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf

Umwelt- und Entwicklungs-NRO sowie Versicherungskonzerne appellieren

Verbindliche EU-Klimaziele notwendig

Breite Unterstützung in der Zivilgesellschaft hatte die EU-deutsche Ratspräsidenschaft, auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 8./9. März weitreichende und verbindliche Ziele zum Klimaschutz zu verabschieden. Wir dokumentieren hier Auszüge aus einem Forderungspapier, das 16 Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Spektrum veröffentlichten, sowie ähnliche Aufrufe von Vorständen der Münchener Rück und Allianz. Die Konzerne drängen unter anderem auf Verbindlichkeit, um Investitionssicherheit zu erhalten.

Forderungen von Umwelt- und Entwicklungs-NRO

" (...) Sollte es nicht gelingen, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2° C gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen, sind die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen zum Teil existenziell gefährdet. Dies gilt insbesondere für die besonders betroffenen Entwicklungsländer. Auch an Europa wird der Klimawandel nicht vorübergehen. Die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 2°C erfordert, dass spätestens zum Jahr 2020 eine Trendwende beim globalen Ausstoß von Treibhausgasemissionen erreicht wird. Wenn die Emissionen bis dahin nicht sinken, ist dieses Ziel nicht realisierbar.

Der EU kommt beim Klimaschutz eine entscheidende Rolle zu. Ein starkes Engagement der EU könnte für viele Länder aufzeigen, dass der Klimaschutz neue Chancen der Zukunftsfähigkeit für Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet. Dies sollte auch zu einer Leitlinie der europäischen Entwicklungspolitik werden. Gleichzeitig können Energieeffizienz und Erneuerbare Energien die Basis für eine neue Klima- und Energiesicherheit in Europa schaffen.

Die möglichen katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels sind kein unabwendbares Schicksal. Es gibt die Möglichkeit zum Handeln. (...)

Folgende Ziele sollten beim EU-Gipfel am 8./9. März verbindlich beschlossen werden:

- Ziel 1: Die Staats- und Regierungschefs bestätigen den Beschluss der EU-Umweltminister, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2020 um wenigstens 20% zu verringern. Sie beschließen die Selbstverpflichtung einer erhöhten Reduktion von 30%, um damit ein weltweites Signal für die Entschlossenheit zum Klimaschutz zu setzen.
- Ziel 2: Die Staats- und Regierungschefs geben vor, dass bis 2020 Einsparpotenziale von 20% des Energieverbrauchs realisiert werden müssen.
- Ziel 3: Die Erneuerbaren Energien werden bis 2020 auf einen Anteil von mindestens 25% des gesamten Energieverbrauchs der EU ausgebaut.
- Ziel 4: Ab 2020 dürfen fossile Kraftwerke nur noch betrieben werden, wenn sie nicht mehr CO_2 freisetzen als ein modernes Gaskraftwerk. (...)"

Vollständige Pressemitteilung inklusive der Liste der unterzeichnenden NRO:
www.germanwatch.org/presse/2007-03-07.htm

Versicherungsunternehmen melden sich zu Wort

Führende deutsche Versicherungs- und Finanzkonzerne unterstützen das Ziel der deutsche EU-Ratspräsidentschaft, beim Frühjahrsgipfel der EU eine verbindliche Rahmensetzung für Klimaschutz und Erneuerbare Energien durchzusetzen. Dies gaben Münchener Rück und Allianz nach Gesprächen mit Germanwatch bekannt.

"Die Münchener Rück unterstützt Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem Anliegen, auf dem EU-Gipfel in Brüssel das verbindliche Ziel einer EU-weiten Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu vereinbaren. Dem Ausbau der erneuerbaren Energien sollte dabei eine Schlüsselrolle zukommen" erklärte Torsten Jeworrek, Vorstandsmitglied der Münchener Rück.

Allianz-Vorstand Clement B. Booth ergänzt: "Wir unterstützen die Kanzlerin bei dem Versuch, einseitige Ziele zur Treibhausgasreduktion in der EU durchzusetzen. Die vorgeschlagenen Ziele sind notwendig für eine glaubwürdige Antwort der EU auf den Klimawandel und sollten nicht abgeschwächt werden. Auch ihr Vorschlag für eine verbindliche Treibhausgasreduktion von 60 bis 80 Prozent für Industriestaaten bis zum Jahr 2050 ist absolut vernünftig. Nur so kann ein globaler Temperaturanstieg von mehr als zwei Grad Celsius vermieden werden, der nicht nur unangenehm, sondern gefährlich und kostspielig wäre."

(...) Darüber hinaus sollte eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis zum Jahr 2020 verbindlich festgelegt werden. (...) Die Allianz bestärkt deshalb die EU-Staats- und Regierungschefs darin, ein verbindliches Ziel festzulegen, den Primärenergieeinsatz der EU bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu verringern," kommentierte Booth.

Germanwatch-Vorstandsvorsitzender Klaus Milke betont: "Es ist erfreulich, dass auch bei der Frage der Verbindlichkeit der Ziele für Erneuerbare Energien diese Unternehmen die Vorschläge der Ratspräsidentin befürworten."

Quelle:
www.germanwatch.org/presse/2007-03-08.htm

Europäische Klima-NRO schreiben an die Umweltminister der G8

In 10 bis 15 Jahren müssen weltweit die Emissionen sinken

Vor dem G8-Umweltministertreffen am 15.-17. März in Potsdam hat sich CAN-Europe, das Netzwerk der europäischen Klima-NGOs, an die Minister gewandt.

Es folgen Auszüge des Briefs (Übersetzung durch Germanwatch).

„ (...) Der Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2007 zeigt, dass die 'Erwärmung des Klimasystems eindeutig ist'. Es ist sicher, dass Ausmaß und Dringlichkeit der Herausforderung größer sind als gedacht und befürchtet. Wir spüren die Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt. Dies ist vor allem in den ärmsten Ländern der Welt der Fall - welche auch die niedrigste Anpassungskapazität sowie die geringste Verantwortung haben, ihren Treibhausgasausstoß zu begrenzen. Die Führungsrolle der G8+5-Länder ist in diesem Fall ein moralischer Imperativ. Wir fürchten eine wachsende Lücke zwischen Größe und Dringlichkeit des Problems einerseits und politischer Rhetorik und tatsächlicher Politik zur Senkung der Emissionen andererseits. Um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden - das endgültige Ziel der UN-Klimarahmenkonvention - muss der Anstieg der Weltmitteltemperatur so weit wie möglich unter 2ºC bleiben. (...) Der Stern-Report zeigt klar, dass wir es uns leisten können zu handeln. Zugleich zeigt die Wissenschaft, dass wir es uns nicht leisten können, nicht zu handeln. (...) Das G8+5-Treffen stellt für die wirtschaftlich führenden Kräfte der Welt eine Gelegenheit dar, Führungsstärke zu zeigen. Sie können auf das öffentliche Verlangen nach ernsthaftem Handeln durch konkrete Schritte antworten, um der größten Gefahr zu begegnen, der die Menschheit jemals gegenüberstand. Dazu müssen die G8+5-Länder die folgenden Verpflichtungen eingehen, die sich am gemeinsamen Ziel des Vermeidens eines gefährlichen Klimawandels orientieren. Sie würden das nötige Handeln einleiten, um die Emissionen zu begrenzen, Energieversorgung zu sichern, Armut zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen:

Klimawandel

- Um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, muss die weltweite Erwärmung im Mittel so weit unter 2ºC bleiben wie möglich. Stabilisierungsziele über 450 ppmv CO_2-Äquivalent sind NICHT mit diesem Ziel vereinbar.

- Um dies zu erreichen, muss der globale THG-Ausstoß in den nächsten 10-15 Jahren seinen Höhepunkt erreichen und dann bis 2050 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 sinken.

- Die Industrieländer, einschließlich die der G8, müssen bis 2020 ihren Ausstoß um 30% gegenüber dem Niveau von 1990 senken.

- Entwicklungsländer und insbesondere die sich schnell entwickelnden Länder einschließlich der '+5' Länder müssen ihren Entwicklungspfad dekarbonisieren (...)

- Es bedarf erweiterter Anpassungsmechanismen an den Klimawandel, unter anderem Hilfe und Entschädigung durch Industrieländer, um mit den Auswirkungen des Klimawandels fertig zu werden.

- Im Zusammenhang mit diesem Ziel muss der UN-Klimagipfel in Bali 2007 umfassende Post-2012-Verhandlungen starten. (...)“

Redaktion

Immanuel Wolf, Manfred Treber, Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Christoph Bals, Gerold Kier, Jan Burck

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Dieses Projekt wird gefördert durch:

Umwelt Bundes Amt – Für Mensch und Umwelt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.